

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher: Dr. ...
Redaktion: ...
Druck: ...

Verantwortlicher: Dr. ...
Redaktion: ...
Druck: ...

Ergebnisse: ...
Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. ...
Postfach-Nr.: ...

Nr. 299

Mittwoch, den 24. Dezember 1924

19. Jahrgang

Die deutsche Demarche für Köln.

Diplomatische Schritte in London, Paris und Brüssel. — Der Schlussbericht der Kontrollkommission. Angebliche deutsche Obstruktion.

Die angekündigte deutsche Demarche wegen der Räumung der Kölner Zone ist am Sonnabend gleichzeitig in Paris, London und Brüssel erfolgt. In Paris hat Botschafter Dr. v. Hoeft eine Unterredung mit dem politischen Direktor am Quai d'Orsay gehabt, in London der Botschafter Dr. Stahmer eine längere Aussprache mit dem englischen Außenminister Arthur Chamberlain. Beide Botschafter, ebenso der Gesandte in Brüssel, hatten die Aufgabe, die Frage zu stellen, inwiefern die von der französischen bzw. englischen Presse seit Wochen verbreiteten Mitteilungen zutreffen, daß eine Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone über den 10. Januar hinaus beabsichtigt sei. Sie hatten ferner den Auftrag, zu erklären, daß die deutsche Regierung auf der Durchführung der vertraglich verpflichtenden Verpflichtung bestehen müsse, die Kölner Zone am 10. Januar von den interalliierten Truppen zu räumen. Die deutschen Vertreter haben auf die Erregung aufmerksam gemacht, die in Deutschland durch die Ankündigung hervorgerufen worden sei, der im Vertrage von Versailles vorgesehene Termin für die Räumung werde nicht innegehalten werden.

Was der englische Außenminister und der politische Direktor am Quai d'Orsay den deutschen Botschaftern auf ihre Fragen, und Vorstellungen hin geantwortet haben, ist offiziell nicht bekannt. Aus französischer Quelle wird mitgeteilt, daß die Stellungnahme der Alliierten abhängig sein werde von dem Schlussbericht der interalliierten Militärkommission. Sollte in diesem Bericht festgestellt werden, daß Deutschland seinen vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich der Abrüstung nicht nachgekommen sei, dann werde sich eine Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone von selbst ergeben. Im anderen Falle würde im Prinzip die Verpflichtung der Räumung am 10. Januar anerkannt, gleichzeitig aber mit Berlin darüber verhandelt werden, daß die deutsche Regierung einer Verlängerung der Besetzung um einige Monate zustimme gegen das Zugeständnis einer früheren Räumung des Ruhrgebietes, die nach dem Londoner Abkommen am 25. August erfolgen soll, aber dann schon etwa im Mai stattfinden könnte. Auf jeden Fall soll also die Räumung über den 10. Januar hinaus verzögert werden.

Wie steht es nun mit dem Schlussbericht der interalliierten Militärkommission? Nach Meldungen die man für zuverlässig halten muß, ist er bereits verfaßt. Man erinnert sich, daß er der Botschafterkonferenz schon am 15. Dezember vorliegen sollte, aber nicht vorgelegt hat. Die Botschafterkonferenz hat sich bis zum 24. Dezember vertagt. Es ist aber nach den Erklärungen Curzons nicht anzunehmen, daß ihr der Schlussbericht übermorgen vorliegen wird. Das ist auch gleichgültig. Ist es erst notwendig, zu sagen, daß er so ausfallen wird, wie man es in London und Paris gewünscht hat? Was in dem militärischen Schlussbericht an Folgerungen stehen wird, ist von politischen Erwägungen der alliierten Regierungen diktiert. Es hat den Anschein, daß die Generalinspektion ein negatives Ergebnis in dem Sinne gehabt hat, daß die Kontrollkommission nichts gefunden hat, was auf eine Überschreitung der im Versailler Vertrag Deutschland zugestandenen „militärischen Rüstung“ schließen ließe. Aber da man nichts gefunden hat, behauptet man, eine Obstruktion der deutschen amtlichen Stellen sei daran schuld. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ ist anscheinend gut unterrichtet über den Inhalt eines Teilschlusses, der in den letzten Tagen verfaßt wurde. Hier begegnet man schon der Behauptung der „Obstruktion“, die in dem Schlussbericht offenbar eine wichtige Rolle spielen wird.

Der Schlussbericht der J. M. R. K. abgefaßt!

Paris, 22. Dez. „Echo de Paris“ meldet aus Berlin, daß ein abschließender Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission von Berlin an die Botschafterkonferenz abgefaßt worden sei. Der Bericht sei sehr umfangreich. Er besteht aus einem Brief von drei Seiten, und vielen Beilagen und Anhängen. Der Bericht habe keine Schlussfolgerung, denn das dürfe die Militärkontrollkommission nicht. Er gruppiere aber die umfangreichen Beobachtungen der Kommission so, daß sich für die Botschafterkonferenz die von ihr zu treffende Schlussfolgerung, aber den schlechtesten Willen Deutschlands von selbst ergebe (1). Der Bericht habe die Methode der Obstruktion der Berichterstattung hervorzuheben, die allen erbetenen Aufforderungen ausgewichen seien. Ferner habe der Bericht angeblich — immer noch

dem als sehr tendenziös bekannten „Echo de Paris“ — fest, daß die fünf Zusatzkontrollforderungen in der letzten Note der Botschafterkonferenz an Deutschland nicht erfüllt worden seien. Der Bericht wird angeblich das der Entente-Pressen übergeben.

Paris, 22. Dez. Das „Journal des Debats“ berichtet in seinem Leitartikel, daß der Bericht der Militärkontrollkommission über die Generalinspektion in Deutschland heute vormittag in Paris eintreffen sollte. Die Agentur Havas meldet, das interalliierte Militärkomitee in Versailles, das unter dem Vorsitz von Marschall Foch steht, habe heute eine Sitzung abgehalten. Es sei wahrscheinlich, daß es die ihm von der interalliierten Militärkommission in Berlin über den Stand der deutschen Entwaffnung gelieferten Berichte besprochen habe. Das interalliierte Militärkomitee werde alsdann den Bericht über diese Frage für die Botschafterkonferenz abfassen, die höchstwahrscheinlich am Laufe ihrer Sitzung am kommenden Mittwoch darüber zu beraten haben werde.

Paris, 22. Dez. In der heutigen Sitzung des interalliierten Militärkomitees wurde der letzte Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin besprochen. Es wurde ein Bericht verfaßt, der der Botschafterkonferenz vorgelegt wird. Die Agence Havas fügt die Bemerkung hinzu, es scheine nach allen Auskünften, die sie erhalten habe, daß sich aus dem Bericht ergebe, Deutschland habe noch nicht alle Bedingungen bezüglich der Entwaffnung entsprechend dem Friedensvertrag vollkommen erfüllt.

Brüssel, 22. Dez. Die Agence Belge teilt mit: Der deutsche Gesandte hat sich zum Außenminister begeben, um zu erfahren, wie sich die belgische Regierung zu der Frage der Räumung der Kölner Zone zu verhalten gedenkt. Symans erklärte, die belgische Regierung werde sich an die Beratungen der Londoner Konferenz halten, wo der Beschluß gefaßt wurde, daß die Alliierten „zu einem passenden Zeitpunkt die Frage prüfen“ würden, ob Deutschland gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages — besonders die auf die Entwaffnung bezüglichen Klauseln — eingehalten habe. Sobald der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission in den Händen der Alliierten sei, würden diese ihre Entschlüsse fassen.

Eine deutsche Note an den Völkerbund.

Berlin, 22. Dez. Die Reichsregierung hat, wie mitgeteilt wurde, zur Klärung der Frage der Beteiligung Deutschlands an kriegsrechtlichen Zwangsmaßnahmen des Völkerbundes eine Note an den Völkerbund gerichtet, die zugleich den Regierungen der Reichsmächte mitgeteilt wurde. Die Durchführung militärischer Operationen gegen den Friedensstörer ist grundsätzlich zwar vorgesehen, aber bisher nicht näher geregelt. Sie ist nicht der zentralen Befehlsgewalt des Völkerbundes unterstellt, sondern dem freien Ermessen der einzelnen Völkerbundsmitglieder überlassen. Auch ist der Erfolg des Sanktionsverfahrens unter Umständen dann in Frage gestellt, wenn es sich gegen Staaten richtet, die, wie das heute noch der Fall ist, über eine unbeschränkte gewaltige Kriegserklärung verfügen. Daß sich hieraus für nahezu alle Mitgliedstaaten gewisse Gefahren ergeben, ist richtig. Diese werden aber unerträglich gesteigert für ein Land, das sich, wie Deutschland, in zentraler Lage befindet und völlig entwaffnet ist.

Aus den Schwierigkeiten, die dieses Mißverhältnis für eine Beteiligung Deutschlands an dem Sanktionsverfahren zur Folge hat, gibt es nach Ansicht der deutschen Regierung nur einen Ausweg.

Dem deutschen Volke muß für den Fall internationaler Konflikte die Möglichkeit belassen werden, das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen. Damit verlangt Deutschland keine Vergünstigung. Was es verlangt, ist die Berücksichtigung seiner besonderen Lage bei Bemessung seiner Bundespflichten. Sonst würde es durch den Eintritt in den Völkerbund gezwungen werden, auf das letzte Schutzmittel eines entwaffneten Volkes, die Neutralität, zu verzichten.

Die deutsche Regierung gibt sich der Erwartung hin, daß der Völkerbund die Berücksichtigung dieser Beschränkungen anerkennen und einen Weg zu ihrer Beseitigung finden wird. Sie ist der Ansicht, daß eine Berücksichtigung der deutschen Interessen möglich ist, ohne damit die Organisation des Völkerbundes oder die Erfüllung seiner Aufgaben in irgendeiner Weise zu gefährden.

Die Ifflerschlacht.

Von ...

Nach Schluß des Wahlkampfes sei die Frage sachlich diskutiert, wie es möglich war, daß hunderte Millionen Wähler, die wahrlich nicht den Freisen entstammen, die früher konservativ zu wählen pflegten oder die auch nur in ihren wirtschaftlichen Interessen mit den in der heutigen Deutschland nationalen Partei führenden Kreisen sich zusammengehörig fühlen könnten, für die Partei des Revanchetieges und des Abbaus der Volkrechte gestimmt haben. Man steht da eigentlich vor einem psychologischen Rätsel, das nur dann gelöst werden kann, wenn man sich noch einmal systematisch vor Augen führt, was in den letzten Jahren geschehen ist, um die öffentliche Meinung in Deutschland in einem Maße zu veräffeln, wie es wohl kaum in einem anderen Lande der Welt möglich gewesen ist.

Es fanden sich mit der Sicherheit des Instinktes des gemeinsamen Hasses, der noch viel stärker aneinander littet als die Liebe, zusammen alle die, die durch die jähe Umwandlung des Militär- und Untertanenstaates zum Volksstaate aus den Sätteln gehoben waren und nun erschreckt auf der Erde saßen, zornig und sehnüchlich nach einem neuen Uferbe suchend, auf dem sie wieder stolz und standesgemäß hinarbeiten könnten. Es fanden sich all die, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche, politische und sonstige Interessen mit denen des alten Regimes auf Weib und Kerber verbunden waren und die nicht gewillt waren, sich leichten Kaufes begeben zu lassen und zum „gewöhnlichen“ Staatsbürger zu werden. Es fanden sich alle die, mit deren grundsätzlicher Einstellung eben die Existenz eines freien Volkes in einem Lande nicht vereinbar war, in dem allerdings auch noch vor 70 Jahren sogar die Wetterberichte der Zeitungen zur politischen Zensur eingereicht werden mußten und in dem kein Blatt zur Erde ohne die Erlaubnis des Herrn Landrats und des Verdammten fallen konnte.

Das Mittel, dessen sich die felsamen Bettgenossen, die sich zu zusammenschlossen hatten, bedienten, um ihre Pläne zu verwirklichen, war wirksam und infam genug. Sie brachten einen großen Teil der deutschen Presse in ihre Hände. Geld, das viele Geld gewisser Industrieführer, in der letzten Zeit auch des Landbundes, und das mit brutaler kalter Energie durchgeführte und in der Provinz bei den kleinen Verlegern besonders wirksame Mittel des gesellschaftlichen Boykotts waren die Hilfsgegenossen. In manchen Zeiten vergingen kaum eine bis zwei Wochen, daß nicht von dem Uebergang irgendeiner früher parteilosen oder freiheitlichen Blattes ins rechtsgerichtete Lager verlautete, daß nicht der glatte Wolk der neunten Stunden, durch den Instationismus bis zur Blutüberfülle aufgetriebenen Zeitungstongerie irgend ein neues Opfer mit seinen Säugarmen herangezogen hätte. Und da der Deutsche im Allgemeinen nur ein Blatt, und das Zeit seines Lebens, liest, da insbesondere der Mann in der Provinz, aber auch das Kleinbürgertum der Großstadt nicht gewohnt ist, durch die Verkäufe mehrerer Blätter seinen politischen Gesichtskreis zu erweitern und aus den Vergleich der verschiedenen Betrachtungsweise sich schließlich kritisch ein eigenes Weltbild herauszukristallisieren, so gelang dieser Plan vollkommen. Mit den gekauften Blättern gingen stets die ganzen großen Reservertitel langsam aber sicher ins Lager der Reaktion über. All diese Leute, die zunächst vielleicht etwas über den Richtungswechsel ihres Blattes fragten wurden, wurden von der Systematik, mit der man ihnen morgens und abends die Theke von der abgedrueften Schlechtigkeit und Unzulänglichkeit des neuen Regimes einhämmerte, bald bedäubt. Mit größtem Raffinement legten die Drahtzieher dieser neuen Zeitungstongerie eine geistige Ifflerschlacht um Millionen deutscher Staatsbürger. Mit bewundernswürdiger Konsequenz, mit der Konsequenz des erbitterten Hasses und des gleichzeitigen Strebens mit durchaus persönlich-eigenartigen Hintergedanken, wurde und wird jede Felle der Politik, des Journalismus, des unpolitischen Volkes, selbst des Sozialistischen in den Dienst einer Idee, der Idee der Verächtlichmachung des Neuen, gestellt. Mit derselben Konsequenz wurde und wird jede Felle und jede Nothilfe von den Leuten ferngehalten, die von positiven Erfolgen und Arbeitsleistungen der Republik berichten. Wird verteuert, auch nur irgend eine Verächtlichmachung einer Meinung zu bringen, mit der auf Grund sachlich falschen Materials, gegen die Republik Ungehörigkeit gesagt worden war. Alles, was an unangenehmem passiert, sei es aus dem Reiche der Politik, sei es ein Raubmord oder sei es — ein Beispiel der letzten Tage — ein Schülerelbstmord, wird in hämischer und bewußt verlogener-manuskribiger Weise der Republik und einzig der Republik angekreidet. Früher aber war alles gut und schön; es gab keine politischen Feindschläge, keine unheiligen Herrscher oder Diplomaten, sondern nur den sozialdemokratischen Dolchstoß. Früher gab es kein soziales Unrecht, keine Mordtaten und niemals einen Schiller, der aus Horn und Bergwerkstoff über unbarmherzige Pädagogen und übertrieben ehrgeizige Eltern zum Strid oder zum Revolver griff. Ganze Landesteile gibt es, in denen niemals die gesamte Presse aufgekauft oder vollkommen von reaktionärer Seite unterhalten wird. In einer Provinz wie z. B. Pommern hat sich ein Presseorgane des Landbundes herausgebildet von so großer Finanzkraft, daß er die Provinz dank der unaufrichtig stehenden reichlichen Mittel pressepolitisch zu 80—90 v. D. beherrscht. Durch unglückliche Preisempfehle, die mit größter Beharrlichkeit auf Kosten des Landbundes bewirkt und die Kritik verächtlich werden, die wie die Sozial-